

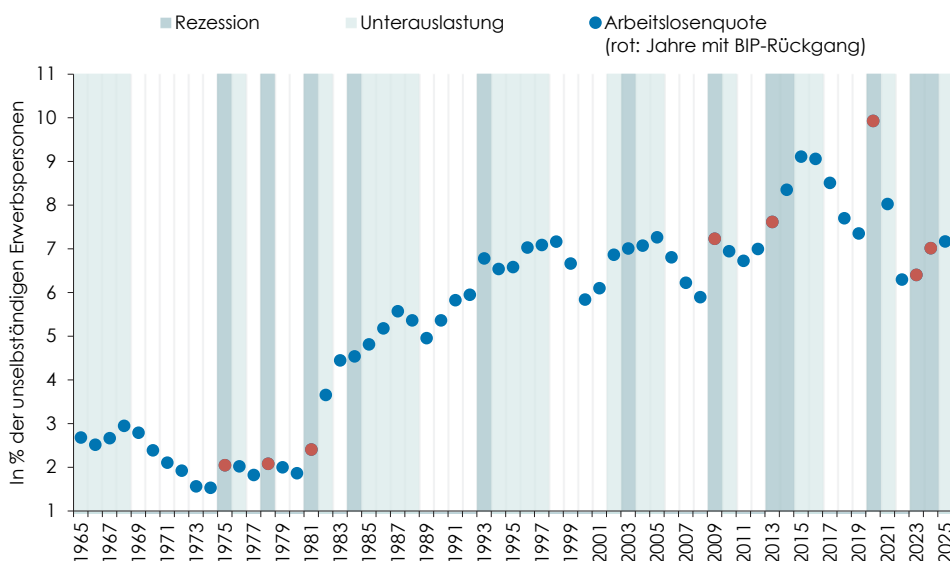
Rezession in Österreich hält sich hartnäckig

Prognose für 2024 und 2025

Stefan Schiman-Vukan, Stefan Ederer

- Österreichs Wirtschaft bleibt 2024 in der Rezession. Ab 2025 rechnet das WIFO mit einem Konjunkturimpuls aus dem Ausland.
- Während die Ausrüstungsinvestitionen im gesamten Prognosezeitraum schrumpfen, werden die Bauinvestitionen 2025 vom Baukonjunkturpaket profitieren.
- Die Inflation geht zurück und die Realeinkommen steigen.
- Die Arbeitslosigkeit nimmt weiter zu, der private Konsum erholt sich langsam.
- Das Defizit in den öffentlichen Haushalten steigt anhaltend, wodurch ein nachhaltiger Budgetpfad verfehlt wird.

Rezessionen in Österreich



"Die derzeitige Rezession erstreckt sich über zwei Kalenderjahre und hält damit schon ungewöhnlich lange an."

Eine Unterauslastung liegt vor, wenn die tatsächliche unter der potenziellen Wirtschaftsleistung liegt. Eine Rezession tritt ein, wenn die tatsächliche Wirtschaftsleistung besonders rasch unter die potenzielle Wirtschaftsleistung sinkt. In solchen Phasen nimmt die Arbeitslosenquote typischerweise zu (Q: Statistik Austria, Arbeitsmarktservice, WIFO).

Rezession in Österreich hält sich hartnäckig

Prognose für 2024 und 2025

Stefan Schiman-Vukan, Stefan Ederer

Rezession in Österreich hält sich hartnäckig. Prognose für 2024 und 2025

Österreichs Wirtschaft verharrt 2024 in der Rezession, das reale BIP sinkt um voraussichtlich 0,6%. 2025 rechnet das WIFO mit einem Konjunkturimpuls aus dem Ausland. Während die Ausrüstungsinvestitionen im gesamten Prognosezeitraum schrumpfen werden, profitieren die Bauinvestitionen im kommenden Jahr vom Baukonjunkturpaket. Die Inflation geht zurück, die Realeinkommen steigen und die Konsumnachfrage wird sich beleben, sodass das BIP 2025 um 1% wachsen wird. Die Arbeitslosigkeit nimmt jedoch weiter zu. Das öffentliche Budgetdefizit entfernt sich zunehmend von den Maastricht-Vorgaben.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter:innen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 2. 10. 2024

Kontakt: Stefan Schiman-Vukan (stefan.schiman-vukan@wifo.ac.at), Stefan Ederer (stefan.ederer@wifo.ac.at)

Recession in Austria Persists Stubbornly. Economic Outlook for 2024 and 2025

Austria's economy will remain in recession in 2024, with real GDP expected to fall by 0.6 percent. In 2025, WIFO expects an economic impulse from abroad. While investment in machinery and equipment will shrink over the entire forecast period, construction investment will benefit from the construction stimulus package in the coming year. Inflation will fall, real incomes will rise, and consumer demand will pick up, meaning that GDP will grow by 1 percent in 2025. However, unemployment will continue to rise. The public budget deficit is increasingly moving away from the Maastricht targets.

Die österreichische Wirtschaft steckt weiter in der Rezession. Nach -1% im Vorjahr wird das reale BIP 2024 um 0,6% schrumpfen. Ähnlich wie Deutschland leidet auch Österreich unter der Investitionsflaute und der schwachen Nachfrage nach Investitionsgütern und Maschinen. Die Warenexporte nach Deutschland gingen im laufenden Jahr deutlich zurück. Allerdings dauert die Exportschwäche schon lange an und mit den sinkenden Zinsen ist eine Verbesserung der Finanzierungsbedingungen in Sicht. 2025 dürfte die Auslandsnachfrage etwas anziehen und in Österreich für Konjunkturimpulse sorgen, die auch die private Konsumnachfrage beleben.

Die Gesamtwirtschaft wird jedoch zunächst nur verhalten um 1% wachsen. Die Ausrüstungsinvestitionen werden 2025 noch schrumpfen, nicht zuletzt da sich die Ertragslage der Unternehmen aufgrund der Rezession und wegen der Lohn- und Rohstoffpreissteigerungen verschlechtert hat. Die Arbeitslosenquote wird als Folge der Rezession auch 2025 noch steigen. Das Budgetdefizit entfernt sich nicht nur konjunkturbedingt zunehmend von einem nachhaltigen Pfad.

Eine zentrale Annahme der vorliegenden Prognose ist, dass die Auslandsnachfrage 2025 wieder anziehen wird, insbesondere aus Deutschland. Sollte die Nachfrage nach Investitionsgütern dagegen so schwach bleiben wie derzeit, könnte dies für Österreich ein drittes Rezessionsjahr zur Folge haben. Die Arbeitslosigkeit würde in diesem Fall stärker steigen als angenommen und die Konsumneigung der privaten Haushalte gedämpft bleiben. Ein weiteres Risiko geht für die Konjunktur im Euro-Raum von einer allzu raschen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte aus, die durch das Inkrafttreten der europäischen Fiskalregeln droht.

Umgekehrt gibt es auch positive Aspekte und Aufwärtsrisiken: So scheint die Gasversorgung auch dann gesichert, falls ab 2025 kein russisches Erdgas mehr nach Österreich strömen sollte. Der Konsum könnte sich günstiger entwickeln als erwartet, wenn sich die finanzielle Situation der privaten Haushalte durch die stetigen Einkommenszuwächse so weit verbessert, dass sie wieder größere Ausgaben tätigen. Darüber hinaus könnte eine

gezielte Investitionsförderung durch die öffentliche Hand Ersatzinvestitionen in Richtung umweltfreundlicherer Produktions-

methoden anregen und so positive Multiplikatoreffekte auslösen.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt, real	- 6,3	+ 4,8	+ 5,3	- 1,0	- 0,6	+ 1,0	
Herstellung von Waren	- 7,5	+ 10,9	+ 6,7	- 1,8	- 4,1	+ 0,6	
Handel	- 2,9	+ 4,5	+ 0,7	- 5,7	- 1,7	+ 1,2	
Private Konsumausgaben ¹⁾ , real	- 7,6	+ 4,8	+ 4,9	- 0,5	+ 0,1	+ 1,2	
Dauerhafte Konsumgüter ²⁾	- 1,6	+ 6,4	- 4,5	- 5,4	+ 1,0	+ 2,0	
Bruttoanlageinvestitionen, real	- 5,3	+ 6,0	+ 0,4	- 3,2	- 2,8	+ 0,2	
Ausrüstungen ³⁾	- 6,9	+ 7,7	+ 1,9	+ 2,4	- 1,5	- 0,6	
Bauten	- 3,5	+ 4,1	- 1,3	- 9,3	- 4,4	+ 1,1	
Exporte, real	- 10,5	+ 9,5	+ 10,0	- 0,4	- 2,3	+ 2,4	
Warenexporte, fob	- 7,6	+ 12,4	+ 6,0	- 0,4	- 3,5	+ 2,3	
Importe, real	- 9,6	+ 14,1	+ 7,1	- 4,6	- 1,9	+ 2,2	
Warenimporte, fob	- 6,6	+ 14,8	+ 3,0	- 7,4	- 4,0	+ 2,3	
Bruttoinlandsprodukt, nominell	- 3,9	+ 6,8	+ 10,3	+ 5,6	+ 3,7	+ 3,1	
	Mrd. €	380,32	406,23	448,01	473,23	490,73	506,04
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	3,4	1,7	- 0,9	1,3	1,6	1,7
Verbraucherpreise		+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,8	+ 3,1	+ 2,2
BIP-Deflator		+ 2,6	+ 1,9	+ 4,8	+ 6,6	+ 4,3	+ 2,1
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 8,2	- 5,7	- 3,3	- 2,6	- 3,7	- 4,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾		- 2,0	+ 2,5	+ 3,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,7
Arbeitslosenquote (nach nationaler Definition)							
In % der unselbständigen Erwerbspersonen		9,9	8,0	6,3	6,4	7,0	7,2
Realwert des BIP pro Kopf ⁵⁾		- 6,3	+ 3,8	+ 1,1	- 1,9	- 0,5	+ 0,7
Armutsgefährdungsquote ⁶⁾	in %	14,7	14,8	14,9	15,4	15,7	15,6
Einkommensquintilsverhältnis ⁷⁾	Verhältniszahl	4,0	4,3	4,3	4,4	4,5	4,5
Treibhausgasemissionen ⁸⁾		- 7,6	+ 4,9	- 6,0	- 6,4	- 3,6	- 1,0
	Mio. t CO ₂ -Äquivalent	73,91	77,53	72,84	68,15	65,68	65,04

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, Umweltbundesamt. 2024 und 2025: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ WIFO-Berechnung anhand der Anteile der dauerhaften Konsumgüter nach dem Inlandskonzept. – ³⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Nominelles BIP deflationiert mit dem impliziten Preisindex der inländischen Verwendung. – ⁶⁾ Anteil der Personen in privaten Haushalten mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle (60% des nationalen verfügbaren Medianäquivalenzeinkommens. Ab 2023: Prognose. – ⁷⁾ S80/S20: Verhältnis des gesamten verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in privaten Haushalten im obersten Einkommensquintil zu dem der Bevölkerung im untersten Einkommensquintil. Ab 2023: Prognose. – ⁸⁾ 2023: Schätzung gemäß Umweltbundesamt. Ab 2024: Prognose.

1. Weltwirtschaft gewinnt allmählich an Schwung

Die Weltwirtschaft entwickelt sich nach wie vor uneinheitlich. In den USA blieb die Konjunktur im 1. Halbjahr 2024 robust. In China bremsen die Krise auf dem Immobilienmarkt und der private Konsum die Expansion. Im Euro-Raum dagegen belebte sich die Nachfrage etwas. Haupttreiber des Wachstums der Weltwirtschaft waren die Dienstleistungen. Aber auch die Industrieproduktion und der Welthandel zogen in der ersten Jahreshälfte etwas an. In der Folge verteuerten sich Rohstoffe zu Jahresbeginn leicht. Insgesamt expandierte die weltweite Produktion im 1. Halbjahr 2024 in ähnlichem Tempo wie im Jahrzehnt vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie.

In den USA legte der private Konsum im Frühjahr erneut kräftig zu. Die Bauinvestitionen, die zuvor über mehrere Quartale die

Konjunktur gestützt hatten, gingen dagegen zurück. Auch auf dem Arbeitsmarkt gibt es Anzeichen für eine Konjunkturabschwächung. So hat sich der Beschäftigungsaufbau verlangsamt, während die Arbeitslosenquote seit Jahresbeginn 2024 gestiegen ist. Die Inflation sinkt und lag zuletzt knapp über 2½%. Im September löutete die Federal Reserve die Zinswende ein und senkte den Leitzins um ½ Prozentpunkt.

Im Euro-Raum stieg das BIP in den ersten beiden Quartalen 2024 um jeweils ¼% gegenüber dem Vorquartal. Dazu trugen insbesondere die Exporte bei, wogegen der private Konsum kaum zunahm und die Investitionen deutlich zurückgingen. Während die Wirtschaftsleistung in Spanien im Frühjahr kräftig expandierte, nahm sie in Frankreich und Italien nur mäßig zu. In Deutschland war sie

In den USA dürfte die Konjunktur ihren Höhepunkt überschritten haben.

Im Euro-Raum schwächelt vor allem Deutschland, während Spaniens Wirtschaft boomt.

sogar wieder leicht rückläufig. Die Industrie befindet sich im Euro-Raum weiterhin im Abschwung. Der Arbeitsmarkt zeigt sich dagegen trotz der anhaltenden Konjunkturschwäche robust, die Arbeitslosenquote ist bislang

stabil. Allerdings schwächt sich das Beschäftigungswachstum tendenziell ab. Die Inflation, die im laufenden Jahr zwischenzeitlich stagniert hatte, sank im August wieder und ging im September sogar auf 1,8% zurück.

Übersicht 2: Internationale Konjunktur

	Gewicht 2023 in %		2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Waren- exporte ¹⁾	Welt-BIP ²⁾						
			BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %					
EU 27	68,4	14,5	- 5,6	+ 6,2	+ 3,3	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,7
Euro-Raum	52,4	10,1	- 6,1	+ 6,2	+ 3,3	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,4
Deutschland	29,1	3,2	- 4,1	+ 3,7	+ 1,4	- 0,3	- 0,0	+ 0,9
Italien	6,1	1,8	- 9,0	+ 8,3	+ 4,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,1
Frankreich	3,6	2,2	- 7,4	+ 6,9	+ 2,6	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,3
MOEL 5 ³⁾	15,0	2,1	- 3,2	+ 6,2	+ 4,5	+ 0,2	+ 2,4	+ 3,2
Polen	3,7	1,0	- 2,0	+ 6,9	+ 5,6	+ 0,2	+ 3,2	+ 3,5
Ungarn	3,6	0,2	- 4,5	+ 7,1	+ 4,6	- 0,9	+ 1,6	+ 3,0
Tschechien	3,6	0,3	- 5,3	+ 4,0	+ 2,8	- 0,1	+ 1,2	+ 2,9
USA	7,3	15,6	- 2,2	+ 6,1	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,5	+ 1,8
Schweiz	5,2	0,4	- 2,1	+ 5,6	+ 3,0	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,3
Vereinigtes Königreich	2,7	2,2	- 10,4	+ 8,7	+ 4,3	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,8
China	2,5	18,7	+ 2,2	+ 8,4	+ 3,0	+ 5,2	+ 4,6	+ 4,2
Insgesamt								
Kaufkraftgewichtet ⁴⁾		51	- 1,9	+ 7,1	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,6
Exportgewichtet ⁵⁾	86		- 5,0	+ 6,3	+ 3,3	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,8
Marktwachstum Österreich ⁶⁾			- 6,1	+ 11,0	+ 5,7	- 3,2	+ 0,7	+ 3,8
Annahmen zur Prognose								
Rohölpreis								
Brent, \$ je Barrel			43,2	70,8	98,9	82,2	80	72
Erdgaspreis								
Dutch TTF, € je MWh			9,5	45,9	121,5	40,6	33	39
Strompreis Österreich								
Base, € je MWh			33,2	107,2	261,6	102,2	79	94
Peak, € je MWh			36,0	116,8	275,5	103,9	81	103
Wechselkurs								
Dollar je Euro			1,141	1,184	1,054	1,082	1,11	1,11
Internationale Zinssätze								
EZB-Hauptrefinanzierungssatz ⁷⁾ , in %			0,0	0,0	0,6	3,8	4,1	3,1
Sekundärmarktzinssatz Deutschland, in %			- 0,5	- 0,4	1,1	2,4	2,4	2,1

Q: WIFO, Bureau of Economic Analysis, European Energy Exchange, Eurostat, EZB, HWWI, IWF, OECD, OeNB, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – ¹⁾ Österreichische Warenexporte. – ²⁾ Kaufkraftgewichtet. – ³⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ⁴⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2023. – ⁵⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2023. – ⁶⁾ Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ⁷⁾ Fixzinssatz.

1.1 Ausblick: Konjunkturabschwächung in den USA, Erholung im Euro-Raum

Die Weltwirtschaft dürfte im Prognosezeitraum nur langsam an Fahrt gewinnen. In den USA dürfte sich die Konjunktur etwas abkühlen. Nicht nur der Arbeitsmarkt verliert an Schwung, auch die Reallohnzuwächse fielen zuletzt etwas geringer aus. Zugleich ist die Teuerung rückläufig und das Verbrauchervertrauen ungebrochen hoch, sodass der private Konsum eine wichtige Wachstumsstütze bleiben dürfte. Auch die Investitionen dürften weiter zulegen, während von der Fiskalpolitik angesichts des hohen Defizits kaum noch Impulse zu erwarten sind. Alles in allem wird die Wirtschaftsleistung der USA 2025 mit

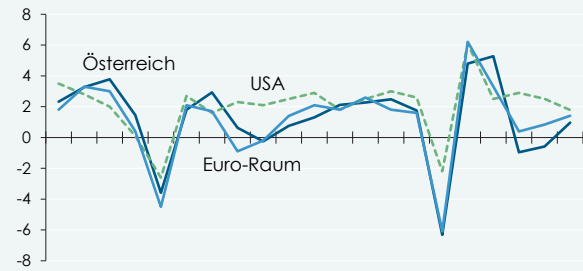
+1,8% etwas schwächer zulegen als im laufenden Jahr.

In China ist die Inlandsnachfrage nach wie vor gedämpft, während ein lebhaftes Exportwachstum weiterhin stützend wirkt. Chinesische Unternehmen scheinen jetzt mehr Vorleistungsgüter für die inländische Produktion selbst herzustellen als in den Jahren vor der COVID-19-Pandemie. Darüber hinaus haben die Energiekrise in Europa und die niedrige Kapazitätsauslastung in China die Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Unternehmen gegenüber ihren europäischen Konkurrenten verbessert. Insgesamt dürfte die chinesische Wirtschaft jedoch weder 2024 noch 2025 um mehr als 5% wachsen.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

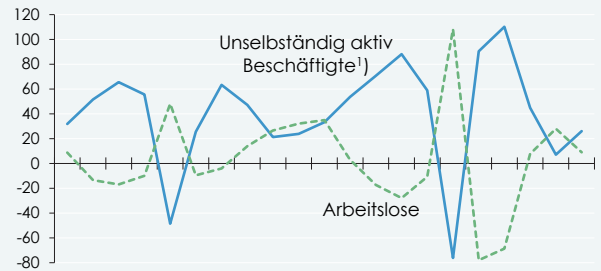
Wirtschaftswachstum

In %



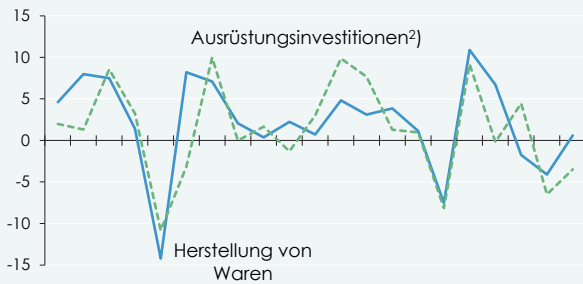
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



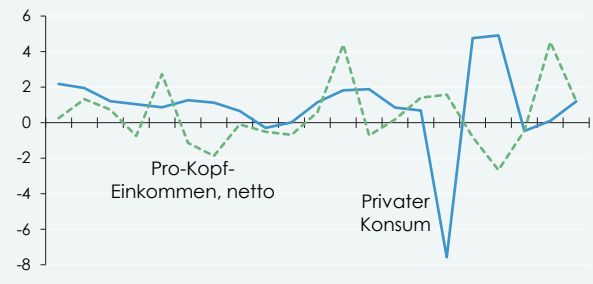
Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



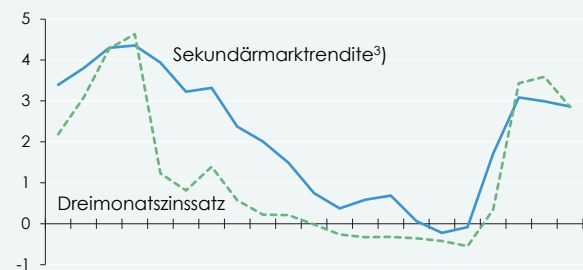
Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



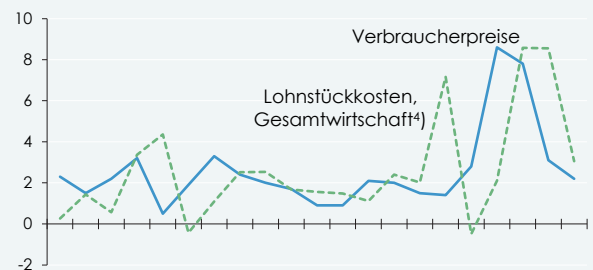
Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



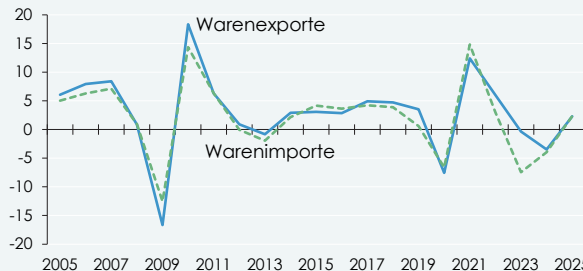
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



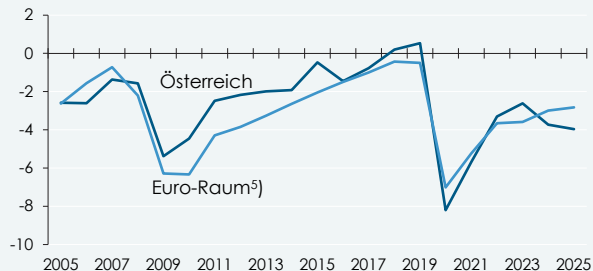
Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Europäische Kommission, Eurostat, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – 1) Ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – 2) Einschließlich militärischer Waffensysteme. – 3) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – 4) Einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – 5) Prognose: Europäische Kommission.

Kräftige Einkommenszuwächse ermöglichen im Euro-Raum eine Ausweitung des Konsums.

Im Euro-Raum dürften sich die Reallohnzuwächse allmählich in einer Belebung des privaten Konsums niederschlagen. Dazu tragen der robuste Arbeitsmarkt und die gesunkene Inflation bei. Die Industriekonjunktur wird allerdings nur langsam Fahrt aufnehmen, auch weil die Investitionen erst allmählich anziehen. Von der Fiskalpolitik sind im Prognosezeitraum kaum Konjunkturimpulse zu erwarten, da viele der in den Vorjahren beschlossenen Stützungsmaßnahmen ausgelaufen sind und die teilweise hohe Staatsverschuldung wieder stärker in den Fokus der

Wirtschaftspolitik rückt. In Summe wird die Wirtschaftsleistung im Euro-Raum 2024 nur um 0,8% und 2025 um 1,4% zunehmen.

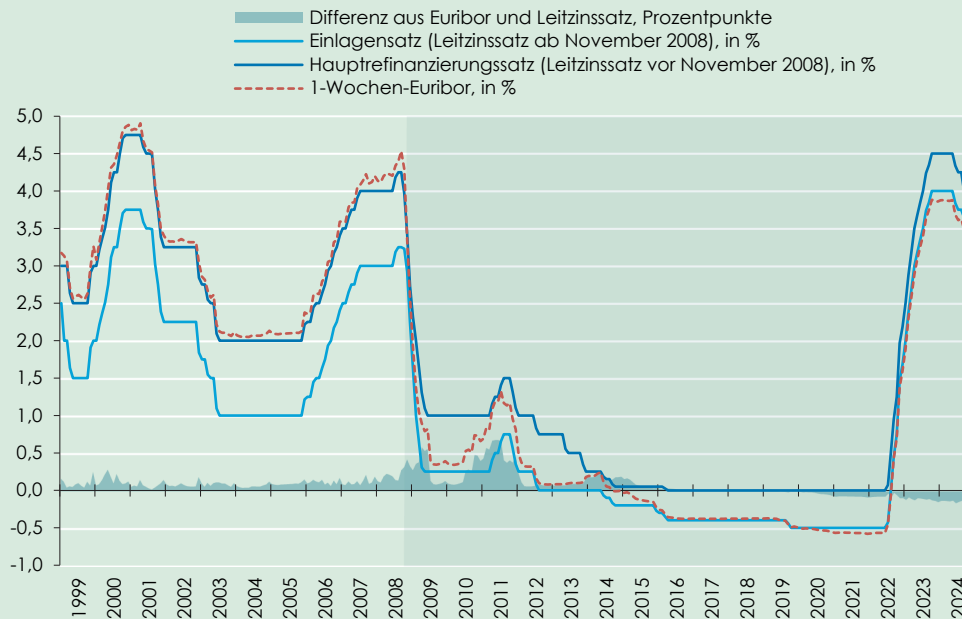
In Deutschland wird die Wertschöpfung 2024 stagnieren und 2025 um lediglich 0,9% wachsen, da die deutsche Industrie besonders unter der schwachen weltweiten Warennachfrage leidet. Allerdings dürften auch in Deutschland die steigenden Realeinkommen die Konsumnachfrage stützen.

Zur asynchronen Leitzinssenkung der EZB

Die EZB operiert mit drei kurzfristigen Zinssätzen: dem Einlagensatz, dem Hauptrefinanzierungssatz und dem Spitzenrefinanzierungssatz. Der Spitzenrefinanzierungssatz ist geldpolitisch weitgehend unbedeutend, da die Banken die Spitzenrefinanzierungsfazilität in erster Linie zur Deckung ihres kurzfristigen Liquiditätsbedarfs, z. B. zur Erfüllung der durchschnittlichen Mindestreserveanforderungen, nutzen.

Die für die geldpolitische Transmission relevanten Geldmarktsätze orientierten sich bis Ende 2008 am Hauptrefinanzierungssatz der EZB. Auf dem Höhepunkt der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 wurde das Zuteilungsverfahren für Zentralbankgeld von einem Bieterverfahren um begrenzte Mittel mit ungewissem Ausgang auf eine sichere Vollzuteilung aller nachgefragten Mittel zu einem festen Zinssatz umgestellt. Dies führte zu einer Überschussliquidität auf dem Geldmarkt und dämpfte den Wettbewerb um kurzfristige Mittel. Seit Ende 2008 orientieren sich die Geldmarktsätze am Einlagensatz der EZB. Dieser stellt eine (elastische) Untergrenze dar, da es sich für Banken grundsätzlich nicht lohnt, Gelder über Nacht zu einem niedrigeren Zinssatz auf dem Interbankenmarkt zu verleihen als zu jenem, zu dem sie sie bei der EZB sicher deponieren können. In anderen Worten: Von 1999 bis Ende 2008 war der Hauptrefinanzierungssatz der Leitzinssatz der EZB, seither ist es der Einlagensatz (siehe Abbildung 2).

Abbildung 2: Zinssätze im Euro-Raum



Q: EZB, European Money Markets Institute, Macrobond.

Zuletzt nahmen immer weniger Banken an den Hauptrefinanzierungsgeschäften der EZB teil, da der Zinssatz mittlerweile hoch ist, während gleichzeitig noch viel Überschussliquidität im Umlauf ist. Um die Attraktivität der Zentralbankgelder zu erhöhen, verringerte die EZB im September 2024 den Abstand zwischen dem Einlagensatz und dem Hauptrefinanzierungssatz von 0,5 auf 0,15 Prozentpunkte, indem sie letzteren um 0,6 Prozentpunkte senkte, den geldpolitisch relevanten Einlagensatz jedoch nur um 0,25 Prozentpunkte. Die asynchrone Leitzinssenkung ist somit ein Versuch, die Wirksamkeit der Geldpolitik in Zeiten hoher Überschussliquidität zu erhöhen.

2. Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Die vorliegende Prognose berücksichtigt wirtschaftspolitische Maßnahmen, die bereits verabschiedet oder hinreichend spezifiziert wurden und deren Umsetzung somit als wahrscheinlich gilt.

2.1 Geldpolitik wird allmählich gelockert

Aufgrund der rückläufigen Inflation und der Konjunkturschwäche im Euro-Raum senkte die EZB den Einlagensatz, der seit Mitte 2022 um 4,5 Prozentpunkte angehoben worden war, im Juni und September 2024 um jeweils 0,25 Prozentpunkte auf 3,5%. Das WIFO rechnet im Prognosezeitraum mit drei weiteren

Leitzinssenkungen um jeweils 0,25 Prozentpunkte, sodass der Einlagensatz Ende 2025 bei 2,75% und damit noch geringfügig über dem konjunkturneutralen Gleichgewichtszinssatz nach Holston-Laubach-Williams liegen wird. Zusätzlich wird die EZB ihr Staatsanleihenportfolio schrittweise verkleinern, indem sie Tilgungszahlungen nicht mehr reinvestiert. Dieses "Quantitative Tightening" hatte bisher keinen Einfluss auf die Renditen und dürfte diesen auch im Prognosezeitraum nicht entwickeln. Vielmehr bleibt die Zinsstrukturkurve, gemessen am Hauptrefinanzierungssatz und der Sekundärmarktrendite auf deutsche Bundesanleihen, invers.

Der Leitzinssatz bleibt über dem konjunkturneutralen Niveau.

Übersicht 3: **Fiskal- und geldpolitische Kennzahlen**

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	In % des BIP					
Fiskalpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates ¹⁾	- 8,2	- 5,7	- 3,3	- 2,6	- 3,7	- 4,0
Primärsaldo des Staates	- 6,9	- 4,6	- 2,4	- 1,4	- 2,4	- 2,6
Staatseinnahmen	49,1	50,3	49,7	50,1	50,7	50,7
Staatsausgaben	57,3	56,0	53,0	52,7	54,5	54,7
Schuldenstand des Staates ¹⁾	83,2	82,4	78,4	78,6	80,1	82,4
	In %					
Geldpolitik						
Dreimonatszinssatz	- 0,4	- 0,5	0,3	3,4	3,6	2,9
Sekundärmarktrendite ²⁾	- 0,2	- 0,1	1,7	3,1	3,0	2,9

Q: WIFO, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – ¹⁾ Laut Maastricht-Definition. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

2.2 Öffentliche Haushalte entfernen sich weiter von Maastricht-Vorgaben

Die Staatsausgabenquote, die 2023 52,7% des BIP betrug, steigt im laufenden Jahr auf 54,5% und 2025 auf 54,7% der Wirtschaftsleistung. Demgegenüber wird die gesamtstaatliche Einnahmenquote mit 50,7% des BIP in beiden Prognosejahren nur geringfügig über dem Niveau von 2023 (50,1%) liegen. Damit verschlechtert sich der Finanzierungssaldo deutlich von -2,6% (2023) auf -3,7% (2024) bzw. -4,0% (2025) des BIP. Die Staatsverschuldung wird von 78,6% (2023) auf 80,1% (2024) und 2025 weiter auf 82,4% des BIP ansteigen, womit Österreich die Vorgaben des Europäischen Fiskalpaktes deutlich verfehlen wird. Obwohl die Mehrbelastungen durch die Hochwasserkatastrophe im September 2024 voraussichtlich nicht in die Bewertung einfließen, könnte der aktuelle Budgetpfad zu einem Defizitverfahren wegen übermäßiger Verschuldung führen.

Der deutliche Anstieg der Ausgabenquote im Jahr 2024 ist zum Teil auf die Fortführung diskretionärer Maßnahmen zur Abfederung der Energie- und Inflationskrise sowie auf die Erhöhung des Klimabonus zurückzuführen. Hinzu kommen inflationsbedingte Mehraus-

gaben für Pensionen, valorisierte Sozialleistungen, Vorleistungen und Personalkosten, die zeitverzögert auf die hohen Preissteigerungen der Vorjahre reagieren. Auch neue Verpflichtungen der Länder und Gemeinden im Rahmen des Finanzausgleichs ("Zukunftsfonds") treiben die Ausgabendynamik. Trotz sinkender Zinsen steigen die Zinsausgaben der öffentlichen Haushalte auf 1,3% (2024) bzw. 1,4% des BIP (2025) und engen den finanziellen Spielraum ein. Die zusätzlichen Ausgaben infolge der Hochwasserkatastrophe sind derzeit schwer abzuschätzen. Der Katastrophenfonds wurde auf 1 Mrd. € aufgestockt und wird durch 0,5 Mrd. € aus dem Kohäsionsfonds ergänzt.

Die nachlassende Einnahmendynamik ist vor allem auf den Rückgang der Inflation und die schwache Konjunktur zurückzuführen. Die verhaltene Entwicklung des privaten Konsums und ein schwächeres Wachstum der Lohn- und Gehaltssumme im Jahr 2025 dämpfen die Einnahmen aus Verbrauchsteuern und Sozialbeiträgen. Mit der Abschaffung der kalten Progression durch die Anpassung der Tarifgrenzen an die Teuerung entfielen auch die inflationsbedingten Mehreinnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer, die in der Vergangenheit häufig zu

Das Defizit im Staatshaushalt wird 2025 nicht nur konjunkturbedingt weiter anschwellen.

einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte beigetragen hatten. Auch die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer werden

nach mehreren Jahren starken Wachstums konjunkturbedingt und infolge der Tarifreform stagnieren.

3. Österreichs Wirtschaft verharrt in der Rezession

Die österreichische Wirtschaft erlitt im II. Quartal 2024 erneut einen Rückschlag, das BIP sank real um 0,4% gegenüber der Vorperiode¹⁾. Damit hielt die seit Mitte 2022 beobachtete Konjunkturschwäche an. In der Sachgütererzeugung schrumpfte die Wertschöpfung das sechste Quartal in Folge. Die internationale Nachfrage nach Industriegütern ist nach wie vor äußerst

schwach, worunter insbesondere darauf spezialisierte Länder wie Österreich oder Deutschland leiden. Aber auch in wichtigen Dienstleistungsbereichen wie Handel und Verkehr ist die Wertschöpfung in den letzten beiden Jahren deutlich zurückgegangen. Stabilisierend wirkten vor allem die öffentlichen, aber auch einige weniger konjunktur-reagible private Dienstleistungen.

Übersicht 4: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,54	4,42	4,33	4,33	+ 6,8	- 2,7	- 2,0	± 0,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	74,08	72,39	69,42	69,83	+ 6,4	- 2,3	- 4,1	+ 0,6
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	9,44	10,21	10,21	10,21	+ 2,7	+ 8,1	± 0,0	± 0,0
Bauwirtschaft	17,66	16,34	15,75	15,91	- 3,4	- 7,5	- 3,6	+ 1,0
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	42,27	39,88	39,20	39,67	+ 0,7	- 5,7	- 1,7	+ 1,2
Verkehr	19,17	18,69	18,50	18,60	+ 14,6	- 2,5	- 1,0	+ 0,5
Beherbergung und Gastronomie	10,15	10,70	10,89	11,14	+ 79,0	+ 5,4	+ 1,8	+ 2,3
Information und Kommunikation	15,63	16,10	16,27	16,35	+ 3,6	+ 3,0	+ 1,0	+ 0,5
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	18,33	16,85	17,29	17,42	+ 5,9	- 8,1	+ 2,6	+ 0,7
Grundstücks- und Wohnungswesen	31,19	31,33	31,49	31,64	+ 2,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	36,47	36,20	35,91	36,27	+ 8,2	- 0,7	- 0,8	+ 1,0
Öffentliche Verwaltung ²⁾	58,62	59,89	61,39	62,01	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,5	+ 1,0
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	8,51	8,92	8,92	9,01	+ 20,5	+ 4,7	± 0,0	+ 1,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	344,99	340,92	338,94	341,80	+ 6,1	- 1,2	- 0,6	+ 0,8
Bruttoinlandsprodukt	385,07	381,39	379,16	382,83	+ 5,3	- 1,0	- 0,6	+ 1,0

Q: WIFO, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Österreich steckt weiter in der Rezession, die Inflation sinkt.

Die hohen Lohnsteigerungen belasten die Unternehmen, hatten jedoch bisher keine Konsumbelebung zur Folge.

Die Inflation hat sich in den letzten Monaten deutlich verlangsamt und betrug im September laut Schnellschätzung von Statistik Austria 1,8%, womit der Inflationsabstand zum Euro-Raum verschwunden ist. Solange die Inflation in Österreich nicht unter den Durchschnitt des Euro-Raumes sinkt, werden die Preisunterschiede, die aus der Überinflation der letzten Monate resultieren, jedoch nicht wettgemacht. Dies belastet die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie; der real-effektive Wechselkurs für Industriewaren stieg 2023 um 3,4% und damit so kräftig wie seit 20 Jahren nicht mehr. Aber

auch die Ertragslage der Unternehmen hat sich verschlechtert.

Die hohen Lohnabschlüsse für das Jahr 2024 belasten nicht nur die heimischen Unternehmen, sondern hatten bisher – entgegen der WIFO-Prognose vom Juni 2024 – auch noch keinen nennenswerten Anstieg der Konsumausgaben zur Folge. Dafür dürften Faktoren verantwortlich sein, die in der letzten Prognose unterschätzt wurden: Erstens nimmt das Vorsichtssparen mit steigender Arbeitslosigkeit zu. Zwar hat sich das Verbrauchervertrauen in den letzten Monaten aufgehellt

¹⁾ Die vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung wurde von Statistik Austria am 4. September 2024 veröffentlicht. In der Zwischenzeit wurde am 30. September auch die Jahresrechnung 2023 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung publiziert. Darin wurde eine Benchmarkrevision durchgeführt, die die Ergebnisse ab dem Jahr 1995 betrifft. Die daran angepasste Quartalsrechnung wird erst am 18. Okto-

ber 2024 veröffentlicht. Damit ist die für die vorliegende Prognose herangezogene Quartalsrechnung nicht mit den neu veröffentlichten Jahresdaten kompatibel. Obwohl die Quartalsmuster in der Prognoseerstellung berücksichtigt wurden, verzichtet das WIFO in der vorliegenden Prognose auf die Darstellung des Konjunkturbildes sowie die Übersicht zur technischen Zerlegung und Revision der BIP-Prognose.

und vor allem die eigene finanzielle Situation wird wieder besser eingeschätzt. Allerdings rechnen immer mehr Befragte mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Zum anderen begünstigt das höhere Zinsniveau die Ersparnisbildung. Die für den Prognosezeitraum prognostizierte Sparquote von über 11% liegt zwar um knapp 3 Prozentpunkte über dem Wert von 2023, entspricht aber in etwa dem Niveau der Jahre 2007/08 unmittelbar vor Beginn der Niedrigzinsphase. Eine dritte mögliche Erklärung für die stockende Ausgabenbereitschaft besteht darin, dass die privaten Haushalte die Lohnerhöhungen bzw. die staatlichen Unterstützungsleistungen als nicht nachhaltig ansehen und das zusätzliche Einkommen daher lieber sparen als ausgeben.

Trotz des starken Anstiegs der Lohnstückkosten ist der Arbeitsmarkt noch recht robust. Nennenswerte Beschäftigungszuwächse gab es zuletzt allerdings nur mehr im öffentlichen und öffentlichkeitsnahen Bereich. So expandiert die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung, aber auch im Gesund-

heits-, Pflege- und Erziehungswesen. In der Privatwirtschaft schrumpft die Beschäftigung dagegen. Zwar entstehen in einigen weniger konjunktur reagiblen Dienstleistungsbranchen immer noch zusätzliche Arbeitsplätze, diese Ausweitungen werden aber durch Rückgänge in anderen Branchen, insbesondere im sekundären Sektor, überkompensiert.

3.1 Konjunkturimpulse 2025 aus dem Ausland

Die österreichische Wirtschaft wird 2024 das zweite Jahr in Folge schrumpfen und sich ebenso lange in einer Rezession befinden (siehe Kasten "Wirtschaftswachstum und Rezession"). Nach einem Rückgang um 1% im Vorjahr wird das reale BIP dieses Jahr um 0,6% abnehmen. 2025 werden Österreichs Exporte mit dem Anziehen der Auslandsnachfrage wieder zulegen. Der exportgetriebene Aufschwung wird 2025 aber noch schwach ausfallen (BIP real +1,0%), da die Investitionen stagnieren und die Konsumnachfrage verhalten bleibt.

Die Beschäftigung steigt nur noch im öffentlichen Sektor.

Übersicht 5: Entwicklung der Nachfrage

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	267,35	267,36	267,78	270,69	+ 3,2	+ 0,0	+ 0,2	+ 1,1
Private Haushalte ¹⁾	191,09	190,19	190,38	192,66	+ 4,9	- 0,5	+ 0,1	+ 1,2
Staat	76,27	77,17	77,41	78,02	- 0,6	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,8
Bruttoinvestitionen	103,95	90,43	88,14	88,39	+ 4,9	- 13,0	- 2,5	+ 0,3
Bruttoanlageinvestitionen	93,51	90,50	87,95	88,09	+ 0,4	- 3,2	- 2,8	+ 0,2
Ausrüstungen ²⁾	30,18	31,52	29,47	28,44	- 0,2	+ 4,4	- 6,5	- 3,5
Bauten	40,95	37,16	35,52	35,91	- 1,3	- 9,3	- 4,4	+ 1,1
Sonstige Anlagen ³⁾	22,46	22,40	23,64	24,34	+ 4,9	- 0,3	+ 5,5	+ 3,0
Inländische Verwendung	372,68	359,46	358,35	361,51	+ 3,6	- 3,5	- 0,3	+ 0,9
Exporte	232,70	231,72	226,46	231,78	+ 10,0	- 0,4	- 2,3	+ 2,4
Reiseverkehr	14,05	16,01	16,17	16,53	+ 98,5	+ 13,9	+ 1,0	+ 2,2
Minus Importe	220,75	210,61	206,68	211,32	+ 7,1	- 4,6	- 1,9	+ 2,2
Reiseverkehr	8,92	10,24	10,53	10,56	+ 69,8	+ 14,8	+ 2,9	+ 0,3
Bruttoinlandsprodukt	385,07	381,39	379,16	382,83	+ 5,3	- 1,0	- 0,6	+ 1,0
Nominell	448,01	473,23	490,73	506,04	+ 10,3	+ 5,6	+ 3,7	+ 3,1

Q: WIFO, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

Eine zentrale Prognoseannahme ist, dass die Konjunktur in Deutschland im Jahr 2025 wieder Trift fassen wird. Österreich und Deutschland erleben derzeit eine sehr ähnliche Rezession. Wie die vergleichbare Betroffenheit der beiden Länder und die Unterschiede zu anderen Nachbarländern zeigen, ist die weltweite Investitionsflaute die Ursache der Krise. Die Unsicherheit hinsichtlich der Energiepreisentwicklung, Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit neuen klimafreundlichen

Technologien sowie hohe Finanzierungskosten dämpfen weltweit, aber insbesondere in Europa die Investitionsbereitschaft. Zumindest die Finanzierungskosten werden mit den schrittweisen Leitzinssenkungen der EZB im kommenden Jahr sinken. Das ifo, das Partnerinstitut des WIFO in der Gemeinschaftsdiagnose für Deutschland, prognostiziert für 2025 ein Wachstum des deutschen BIP von 0,9%, die Gemeinschaftsdiagnose weist +0,8% aus.

Der Außenhandel profitiert von einer Belebung der weltweiten Investitionsnachfrage.

Wirtschaftswachstum und Rezession

Erstmals in der Zweiten Republik wird die heimische Wirtschaft 2023 und 2024 in zwei aufeinander folgenden Kalenderjahren schrumpfen. Erlebt Österreich damit die längste Rezession der Nachkriegszeit? Um diese Frage zu klären, muss zunächst der Begriff "Rezession" definiert werden.

Die Konjunkturforschung kennt grundsätzlich zwei Ansätze zur Messung von Konjunkturzyklen (vgl. Breuer et al., 2018)¹⁾: den Ansatz der "klassischen" Konjunkturzyklen und den Ansatz der Expansionszyklen. Der klassische Ansatz unterscheidet zwei Konjunkturphasen: Aufschwung und Rezession. Für eine Rezession muss ein deutlicher Rückgang der Wirtschaftsleistung vorliegen. Aufschwünge sind jene Perioden, in denen die Wirtschaftsleistung mehr oder weniger stark wächst. Der klassische Ansatz konzentriert sich zwar auf das reale BIP, berücksichtigt aber auch andere makroökonomische Größen; die Konjunkturdatierung beruht also auf einem Expertenurteil. Für den Euro-Raum ist das Euro Area Business Cycle Network (EABCN), für die USA das National Bureau of Economic Research (NBER) maßgeblich.

Problematisch ist dieser Ansatz bei hohem oder schwankendem Potenzialwachstum. Ein hohes Potenzialwachstum weisen in der Regel Schwellenländer auf; China oder Indien würden sich nach klassischer Logik nie in einer Rezession befinden. Österreich ist hingegen ein Beispiel für Volkswirtschaften mit schwankendem Potenzialwachstum. Hatte es Anfang der 1970er-Jahre noch gut 5% p. a. betragen, so verringerte es sich 10 Jahre – bzw. zwei Öl- und eine Stahlkrise – später vorübergehend auf unter 2% p. a. Anfang der 1990er-Jahre erholte sich das Potenzialwachstum wieder und erreichte gut 3% p. a., bevor es sich nach Ausschöpfung der Globalisierungsvorteile und weiteren Krisen bei höchstens 1% p. a. einpendelte.

Vor diesem Hintergrund erscheint für Österreich der zweite Ansatz der Konjunkturmessung, jener der Expansionszyklen, sinnvoller. Dabei wird zunächst mit ökonomischen Methoden das Wachstumspotenzial der Volkswirtschaft ermittelt und mit der tatsächlichen Wirtschaftsleistung verglichen. Ist letztere geringer, liegt eine Unterauslastung vor. Eine Rezession liegt dann vor, wenn die Outputlücke, also die Differenz zwischen tatsächlicher und potenzieller Wirtschaftsleistung, nicht nur negativ ist, sondern sich auch rasch vergrößert, z. B. um zwei Drittel des Potenzialwachstums in einem Jahr (Sachverständigenrat, 2008, Kasten 2)²⁾.

Wendet man die Methode der Europäischen Kommission zur Berechnung des Wachstumspotenzials Österreichs an (wie etwa das WIFO in seinen mittelfristigen Prognosen), so ergibt sich wie im klassischen Ansatz für die Jahre 2023 und 2024 eine Rezession (Abbildung "Rezessionen in Österreich", S. 535). Es zeigt sich aber auch, dass es in der jüngeren Vergangenheit bereits einmal eine ähnlich lange rezessive Phase gab, und zwar in den Kalenderjahren 2013 und 2014 im Gefolge der Euro-Krise. Eine weitere interessante Beobachtung ist, dass Phasen der Unterauslastung typischerweise durch Rezessionen eingeleitet werden. Die gesamtwirtschaftliche Unterauslastung kann somit noch länger andauern.

Dass die aktuelle Rezession in der Geschichte der Zweiten Republik keineswegs beispiellos ist, ist auch daran ablesbar, dass die Arbeitslosenquote bisher nicht übermäßig angestiegen ist. In der Rezession ab 2013 und in der langen Unterauslastungsphase ab 1984 fielen die Anstiege kräftiger aus. Allerdings reagiert die Arbeitslosenquote auch auf nicht-konjunkturelle Faktoren wie eine hohe Zuwanderung, so etwa Anfang der 1990er-Jahre, als die Arbeitslosigkeit im Zuge der Jugoslawien-Kriege im Konjunkturaufschwung anstieg, oder in den Jahren ab 2012, als die EU-Osterweiterung den rezessionsbedingten Anstieg der Arbeitslosigkeit verstärkte.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass für die Datierung einer Rezession in Österreich nicht nur das Wirtschaftswachstum, sondern auch dessen Verhältnis zum Potenzialwachstum zu berücksichtigen ist. Auf dieser Basis ist die aktuelle Rezession zwar noch nicht die längste der jüngeren Geschichte, dauert aber bereits ungewöhnlich lange an.

¹⁾ Breuer, S., Elstner, S., Kirsch, F., & Wieland, V. (2018). Datierung der deutschen Konjunkturzyklen – die Methode des Sachverständigenrates. Arbeitspapier 13/2018. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. – ²⁾ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2008). *Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken. Jahresgutachten 2008/09.*

Die Marktanteile im Außenhandel werden allerdings weiter zurückgehen.

Die Ausrüstungsinvestitionen gehen im Prognosezeitraum stark zurück.

Vor diesem Hintergrund dürften von Deutschland als wichtigstem Absatzmarkt für österreichische Exporte wieder belebende Impulse ausgehen. Die Exportmärkte (berechnet auf Basis der Importprognosen der wichtigsten Handelspartner Österreichs), die 2023 noch um 3,2% schrumpften und 2024 nur um 0,7% wachsen, werden im kommenden Jahr um voraussichtlich 3,8% expandieren. Allerdings wird die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen nach der deutlichen Verschlechterung im Jahr 2023 auch im Prognosezeitraum weiter abnehmen. Im Jahr 2024 steigt der real-effektive Wechselkurs für Industriewaren um voraussichtlich 1,2%, im Jahr 2025 um 0,5%. Dies führt zu weiteren Marktanteilsverlusten, sodass sich die Exporte schwächer entwickeln werden als die Auslandsnachfrage. Die Warenexporte schrumpfen 2024 um 3,5% und werden im Folgejahr um 2,3% wachsen.

3.2 Ausrüstungsinvestitionen schrumpfen deutlich

Dennoch wird die Belebung des Außenhandels den Aufschwung der österreichischen Wirtschaft einleiten. Von den inländischen Ausrüstungsinvestitionen sind im kommenden Jahr hingegen noch keine Impulse zu erwarten. Wie vergangene Konjunkturzyklen zeigen, springen die Investitionen nicht unmittelbar nach einer Konjunkturwende an, sondern erst dann, wenn sich der Aufschwung gefestigt hat. Dies dürfte verschiedene Ursachen haben: Die Unternehmen warten ab, ob der Nachfrageanstieg nachhaltig ist und reduzieren so die Opportunitätskosten von Investitionen. Die stark Cash-Flow-orientierte Finanzierung von Investitionen setzt die Verfügbarkeit der notwendigen Finanzmittel voraus. Nach zwei Jahren Rezession und kräftigen Lohnsteigerungen

sind die Finanzpolster der Unternehmen aufgezehrt; Betriebsüberschüsse und Selbständigeinkommen dürften 2024 um mehr als 3,0% schrumpfen und 2025 kaum steigen. Vor diesem Hintergrund werden die Ausrüstungsinvestitionen nach einem Einbruch um 6,5% (2024) im kommenden Jahr um weitere 3,5% zurückgehen. Das Wachstum der immateriellen Anlageinvestitionen dürfte sich von 5,5% auf 3,0% abschwächen.

3.3 Hohe Zinsen belasten den Bau

Nach 2023 (-9,3%) zeichnet sich auch für 2024 ein deutlicher Rückgang der Bauinvestitionen um 4½% ab. Epizentrum der Krise bleibt der Wohnbau, während der Rückgang im Nichtwohnbau (Industrie-, Gewerbe- und Tiefbau) deutlich geringer ausfällt. Zudem greift der Abschwung zunehmend auf das beschäftigungsintensive Baunebengewerbe über. Die Stimmung in der Branche bleibt pessimistisch, der WIFO-Konjunkturtest lässt aber zumindest keine weitere Eintrübung erwarten. Ohne das im Frühjahr 2024 beschlossene Baukonjunkturpaket würde es aber auch 2025 kein Investitionswachstum geben. Die Wirksamkeit dieses Programms hängt davon ab, inwieweit die Länder die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel in zusätzliche Projekte und Zusicherungen ihrer Wohnbauförderungssysteme umsetzen. Vor allem der dadurch ermöglichte Neubau von gemeinnützigen Wohnungen dürfte 2025 zu einem leichten Anstieg der Bauinvestitionen um 1,1% führen.

3.4 Auftragsflaute in der Industrie

Die jüngsten Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests zeigen die gedrückte Stimmung in der heimischen Industrie. Der ausgeprägte Pessimismus hält nun schon seit gut einem Jahr an und ist damit einmalig seit Erhebungsbeginn im Jahr 1996. Auch die Produktionserwartungen sind sehr trüb. Die Auftragsbestände sind nach wie vor gering, zumal die Nachfrage aus dem In- und Ausland schwächelt. Investitionsgüterproduzenten leiden besonders unter der schwachen internationalen Konjunktur. In diesem Teilbereich der Sachgütererzeugung haben sich die Einschätzungen in den letzten zwei Jahren deutlich verschlechtert. Die Erwartungen zur künftigen Geschäftslage scheinen sich zumindest nicht weiter einzutreiben. Auch Produzenten von Vorleistungsgütern sind überdurchschnittlich pessimistisch gestimmt. Etwas optimistischer ist die Konsumgüterindustrie, aber auch hier liegen die Einschätzungen mehrheitlich im negativen Bereich. Auf

Basis der trüben Indikatorenlage ist mit einem Anhalten der Industrierezession zu rechnen; 2024 dürfte die Wertschöpfung der Sachgütererzeugung um 4,1% schrumpfen. Auch für das kommende Jahr erwartet das WIFO keine rasche Erholung, sondern lediglich einen leichten Zuwachs von 0,6%.

3.5 Löhne steigen unvermindert

Die Lohnabschlüsse für 2024 orientieren sich im Wesentlichen an der rollierenden Inflation. In der Metallindustrie wurde bereits im Vorjahr vereinbart, dass die Bruttolöhne pro Kopf um die rollierende Inflation zuzüglich 1 Prozentpunkt steigen. Da die Pro-Kopf-Produktivität in der Sachgütererzeugung nach 2023 auch 2024 um rund 3% sinken wird, wird das vergleichsweise kräftige Lohnwachstum einen weiteren Anstieg der Lohnstückkosten zur Folge haben. Obwohl die Tariflöhne zu Jahresbeginn um 9,0% und im August noch um 8,3% anzogen, werden die nominellen Bruttolöhne pro Kopf im Jahresdurchschnitt 2024 nur um 7,8% zulegen. Die negative Lohndrift ist u. a. darauf zurückzuführen, dass Industriebeschäftigte aufgrund der Rezession in schlechter bezahlte Dienstleistungsbranchen wechseln. 2025 dürften neben der rollierenden Inflation auch wieder leichte Produktivitätszuschläge in die Lohnfindung einfließen. Diese werden jedoch gering ausfallen. Insgesamt ergeben sich für 2025 nominelle Bruttolohnsteigerungen pro Kopf von 3,4%.

3.6 Inflation sinkt nachhaltig

Die Verbraucherpreisinflation geht rascher zurück als in der WIFO-Prognose vom Juni 2024 angenommen. Im Jahresdurchschnitt 2024 wird sie 3,1% betragen, 2025 nur mehr 2,2%. Zur Verlangsamung des Preisauftriebs tragen sämtliche Teilbereiche des VPI bei, lediglich die Energiepreise werden nach der Verbilligung im Jahr 2024 im kommenden Jahr wieder leicht ansteigen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Jänner 2025 die Strompreisbremse und die Energieabgabensenkung für Gas und Strom auslaufen werden und die Aussetzung der Förderprämie und -pauschale für erneuerbare Energie zurückgenommen wird. Zudem wird der CO₂-Preis weiter steigen. Insgesamt erhöht dies die Inflationsrate im Jahr 2025 um ½ Prozentpunkt. Die sogenannte Mietpreisbremse, die Kategorie-, Richtwert- und Genossenschaftsmieten begrenzt, wird die Inflation 2024 kaum und 2025 um rund 0,1 Prozentpunkt dämpfen.

Die Bauinvestitionen werden 2025 vom Baukonjunkturpaket profitieren.

Die rollierende Inflation ist die Untergrenze für Lohnsteigerungen.

Die Industrie wird sich nur schleppend erholen.

Die Teuerung geht weiter zurück, obwohl inflationsdämpfende Maßnahmen auslaufen.

Übersicht 6: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Löhne und Gehälter pro Kopf ¹⁾						
Nominell, brutto	+ 2,2	+ 2,7	+ 4,9	+ 6,9	+ 7,8	+ 3,4
Real ²⁾						
Brutto	+ 0,8	- 0,1	- 3,4	- 0,9	+ 4,6	+ 1,2
Netto	+ 1,6	- 0,8	- 2,7	- 0,5	+ 4,5	+ 1,2
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde ³⁾						
Real ²⁾ , netto	+ 9,5	- 4,0	- 2,4	- 0,5	+ 5,6	+ 1,5
In %						
Lohnquote, bereinigt ⁴⁾	62,9	62,4	62,1	63,6	66,6	67,5
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Lohnstückkosten ⁵⁾ , nominell						
Gesamtwirtschaft	+ 7,2	- 0,5	+ 2,1	+ 8,6	+ 8,6	+ 3,1
Herstellung von Waren	+ 7,1	- 6,5	- 0,4	+ 9,7	+ 12,4	+ 3,6
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren ⁶⁾						
Nominell	+ 1,4	+ 0,6	- 1,5	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,9
Real	+ 1,7	+ 0,2	- 1,8	+ 3,4	+ 1,2	+ 0,5

Q: WIFO, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – ¹⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR. – ²⁾ Deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Laut VGR. – ⁴⁾ Arbeitnehmerentgelte in Relation zum BIP zu Faktorkosten, bereinigt um den Anteil der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen (Personen laut VGR). – ⁵⁾ Arbeitskosten in Relation zur Produktivität (Arbeitnehmerentgelte von unselbständig Beschäftigten je geleistete Arbeitsstunde im Verhältnis zum BIP bzw. zur Bruttowertschöpfung von Erwerbstätigen je geleistete Arbeitsstunde) einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – ⁶⁾ Export- und importgewichtet, real, gemessen am harmonisierten VPI.

Übersicht 7: Produktivität

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	- 6,3	+ 4,8	+ 5,3	- 1,0	- 0,6	+ 1,0
Erwerbstätige ¹⁾	- 1,9	+ 2,4	+ 2,7	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,7
Produktion je Erwerbstätigen	- 4,5	+ 2,3	+ 2,5	- 2,0	- 0,6	+ 0,3
Arbeitszeit je Erwerbstätigen ²⁾	- 7,0	+ 2,5	- 0,3	- 0,1	- 1,0	- 0,3
Stundenproduktivität ³⁾	+ 2,7	- 0,2	+ 2,8	- 1,9	+ 0,3	+ 0,6
Herstellung von Waren						
Bruttowertschöpfung, real	- 7,5	+ 10,9	+ 6,7	- 1,8	- 4,1	+ 0,6
Erwerbstätige ¹⁾	- 0,8	+ 0,6	+ 2,3	+ 1,2	- 1,0	± 0,0
Produktion je Erwerbstätigen	- 6,8	+ 10,2	+ 4,3	- 2,9	- 3,1	+ 0,6
Arbeitszeit je Erwerbstätigen ²⁾	- 4,8	+ 4,3	- 0,8	- 0,3	- 2,1	+ 0,1
Stundenproduktivität ³⁾	- 2,1	+ 5,6	+ 5,1	- 2,6	- 1,1	+ 0,5

Q: WIFO, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – ¹⁾ Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ²⁾ Geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ³⁾ Produktion je von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR.

3.7 Vorsichtssparen und hohe Zinsen dämpfen Konsumbereitschaft

Der kräftige Anstieg der Löhne führt zusammen mit dem Rückgang der Inflation zu einem deutlichen Anstieg der real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 3,2% im Jahr 2024. Die Konsumnachfrage erhöht sich dadurch jedoch kaum, da die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage und der Anstieg der Sparzinsen die Ausgabenbereit-

schaft der privaten Haushalte dämpfen. Mit dem einsetzenden Konjunkturaufschwung und dem Rückgang der Sparzinsen dürfte die Konsumnachfrage 2025 wieder etwas an Schwung gewinnen und um 1,2% expandieren. Die Sparquote steigt 2024 kräftig von 8,7% auf 11,4% und bleibt auch 2025 auf ähnlich hohem Niveau, das in etwa dem der Jahre 2007/08 vor Beginn der Niedrigzinsphase entspricht.

Der private Konsum wird sich im Zuge der Konjunkturerholung 2025 beleben.

Übersicht 8: Konsum, Einkommen und Preise

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	- 7,6	+ 4,8	+ 4,9	- 0,5	+ 0,1	+ 1,2
Dauerhafte Konsumgüter	- 1,6	+ 6,4	- 4,5	- 5,4	+ 1,0	+ 2,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	- 8,2	+ 4,6	+ 6,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 1,1
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	- 0,7	+ 2,1	+ 1,7	- 0,5	+ 3,2	+ 1,4
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte						
Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	13,6	11,4	8,8	8,7	11,4	11,5
Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	13,2	10,9	8,2	8,1	10,9	11,0
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Forderungen an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 3,7	+ 6,6	+ 5,0	+ 0,7	+ 2,3	+ 2,7
	Verbraucherpreise					
National	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,8	+ 3,1	+ 2,2
Harmonisiert	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,7	+ 3,1	+ 2,2
Kerminflation ²⁾	+ 2,0	+ 2,3	+ 5,1	+ 7,3	+ 4,0	+ 2,4

Q: WIFO, OeNB, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – 1) Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

Übersicht 9: Arbeitsmarkt

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	- 76,6	+ 96,9	+ 116,2	+ 47,2	+ 10,0	+ 29,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	- 76,1	+ 90,4	+ 110,2	+ 44,8	+ 7,0	+ 26,0
Inländische Arbeitskräfte	- 53,9	+ 28,1	+ 22,9	- 9,0	- 17,0	- 9,0
Ausländische Arbeitskräfte	- 22,2	+ 62,4	+ 87,4	+ 53,8	+ 24,0	+ 35,0
Selbständige ²⁾	- 0,5	+ 6,5	+ 6,0	+ 2,4	+ 3,0	+ 3,0
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15 bis 64 Jahre	+ 9,9	+ 5,4	+ 48,6	+ 36,9	- 0,2	- 18,2
Erwerbspersonen ³⁾	+ 31,7	+ 19,0	+ 47,6	+ 54,9	+ 38,0	+ 38,0
Überhang an Arbeitskräften						
Arbeitslose (laut AMS)	+ 108,3	- 77,9	- 68,6	+ 7,7	+ 28,0	+ 9,0
Personen in Schulung	- 4,9	+ 13,2	- 0,8	+ 1,0	+ 4,0	- 4,0
	In%					
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat) ⁴⁾	6,0	6,2	4,8	5,1	5,2	5,3
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	8,9	7,2	5,6	5,7	6,3	6,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	9,9	8,0	6,3	6,4	7,0	7,2
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Erwerbspersonen ³⁾	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,8
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	- 2,0	+ 2,5	+ 3,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,7
Arbeitslose (laut AMS)	+ 35,9	- 19,0	- 20,7	+ 2,9	+ 10,3	+ 3,0
Stand in 1.000	409,6	331,7	263,1	270,8	298,8	307,8

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – 1) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – 2) Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – 3) Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – 4) Labour Force Survey.

Aufgrund des Rückgangs der Arbeitszeit pro Kopf bleibt die Beschäftigung stabil.

Die Rezession wirkt 2025 noch auf die Arbeitslosigkeit nach.

Ein Gasmangel ist nicht in Sicht.

Bleibt die Exportnachfrage aus Deutschland aus, könnte ein drittes Rezessionsjahr folgen.

Die Konsumnachfrage könnte bei gestärkten Finanzreserven kräftiger ausfallen.

Eine staatliche Investitionsförderung könnte Multiplikatoreffekte auslösen.

3.8 Arbeitslosigkeit steigt auch 2025

Wegen der robusten öffentlichen Nachfrage nach Arbeitskräften wird die Beschäftigung selbst 2024 noch leicht expandieren (+0,2%). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden sinkt dem BIP-Rückgang entsprechend um 0,9%. Die Stabilität der Beschäftigung beruht also auch auf einem Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden pro Kopf. Dieser hat eine konjunkturelle und eine strukturelle Komponente. Im Abschwung lässt die Nachfrage nach Arbeitskräften nach. Dies spiegelt sich nicht nur im Beschäftigtenbestand, sondern auch in der Pro-Kopf-Arbeitszeit. Hier ist jedoch seit Jahrzehnten auch ein struktureller Abwärtstrend beobachtbar, der eng mit dem Anstieg der Erwerbsquote, insbesondere von Frauen, zusammenhängt. Darüber hinaus ist er eine Folge des steigenden materiellen Wohlstands in Österreich.

4. Prognoserisiken

Die vorliegende Prognose geht davon aus, dass auch nach 2024 Erdgas aus Russland in die EU fließen wird oder die Versorgung Österreichs anderweitig – etwa durch Erdgasimporte aus Norwegen oder Flüssiggas-einfuhren über Deutschland oder Italien – sichergestellt werden kann. Diese Annahme stützt sich einerseits auf stabile Preissignale auf den Finanzmärkten. Zum anderen zeigt eine Analyse der Österreichischen Energieagentur²⁾, dass selbst bei einem vollständigen Ausfall der Gaslieferungen aus Russland die Versorgung Österreichs mit Erdgas gesichert wäre. Allerdings dürfte der Erdgaspreis in diesem Fall steigen und energieintensive Bereiche der heimischen Industrie belasten.

Zentral ist wie erwähnt die Annahme, dass die weltweite Nachfrage nach Investitionsgütern wieder anziehen wird, wodurch auch die deutsche Wirtschaft 2025 wieder expandieren und die Nachfrage nach österreichischen Produkten wieder steigen wird. Sollte hingegen 2025 noch keine Trendwende eintreten, wird sich die Konjunktur in Österreich deutlich schwächer entwickeln als prognostiziert und ein drittes Rezessionsjahr folgen. In diesem Fall würden nicht nur die Exporte und damit verbunden die Einkommen schwächer zulegen als angenommen, auch die Arbeitslosigkeit stiege rascher und die Konsumnachfrage würde erneut gedämpft.

Umgekehrt könnte der private Konsum im kommenden Jahr auch lebhafter ausfallen

Neben der unselbständigen Beschäftigung wird 2024 auch die Arbeitslosigkeit steigen. Dies ist zwar einerseits eine direkte Folge der Rezession und der damit einhergehenden schwachen Arbeitsnachfrage. Der gleichzeitige Anstieg von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit deutet aber auch auf Angebotseffekte hin. Diese resultieren insbesondere aus der Integration von Kriegsflüchtlings in den Arbeitsmarkt sowie aus der schrittweisen Anhebung des Frauenpensionsalters seit Jahresbeginn 2024. Die Arbeitslosenquote steigt von 6,4% im Vorjahr auf voraussichtlich 7,0% und wird 2025 weiter auf 7,2% zulegen, da die Rezession nachwirkt. Das Beschäftigungswachstum wird sich im kommenden Jahr im Zuge der Konjunkturerholung auf 0,7% beschleunigen. Die geleisteten Arbeitsstunden werden dagegen nur leicht zunehmen, da die Pro-Kopf-Arbeitszeit dem langfristigen Trend entsprechend weiter zurückgeht.

als prognostiziert, wenn die derzeitige Nachfrageschwäche weniger auf ein Vorsichtsparen als auf mangelnde Finanzmittel der privaten Haushalte zurückzuführen ist. Zwar sind die Einkommen zuletzt kräftig gestiegen, aber gerade Haushalte mit niedrigen Einkommen könnten durch die Teuerungswelle so stark belastet worden sein, dass es länger dauert, bis sie ihre Kapitalreserven wieder aufgestockt oder Schulden getilgt haben. Sind die Haushaltsfinanzen erst einmal saniert, könnten weitere Einkommenszuwächse in einem überproportionalen Konsumwachstum münden.

Auch die Investitionen könnten sich besser entwickeln als erwartet, z. B. dann, wenn die nächste Bundesregierung eine investitionsfördernde Maßnahme wie eine befristete Investitionsprämie, eine befristete Erhöhung des Investitionsfreibetrages oder eine stark degressive Abschreibungsregel auf den Weg bringt. Gerade wenn es sich um Ersatzinvestitionen in klimafreundlichere Produktionsverfahren handelt, könnte eine solche Förderung eine Anschubwirkung entfalten. Zudem dürften die gesamtwirtschaftlichen Multiplikatoreffekte einer Investitionsförderung konjunkturbedingt eher überdurchschnittlich ausfallen, wenngleich im Falle Österreichs gewisse Streuverluste ins Ausland zu erwarten wären.

²⁾ https://www.bmk.gv.at/themen/energie/publikationen/szenarien_gasversorgung.html.